



*Ich wünsche allen Freunden und Bekannten
friedvolle und erholsame Weihnachtsen
sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr!*

Herzlichst Helmut Barthel

Lösung für Pendlerstrecke in Sicht: Land will den Ausbau der Osdorfer Straße mit 75 % fördern

Das Land Brandenburg hat signalisiert, den Ausbau der Osdorfer Straße mit mindestens 75 % aus dem Kommunalen Investitionsprogramm (KIP) zu fördern. Damit zeichnet sich eine Lösung für das langjährige Verkehrsproblem auf der wichtigen Pendlerstrecke zwischen Großbeeren und Berlin ab.

Das macht mich außerordentlich froh und zuversichtlich. Damit ist zwar noch nicht die hundertprozentige Finanzierung, die ich mir als Gemeindevertreter angesichts der Bedeutung der Straße gewünscht hätte, gewährleistet. Nun liegt es an der Gemeindevertretung das Angebot zu prüfen und die notwendigen Mittel in den Haushalt 2018 einzustellen. Ich persönlich plädiere dafür, das Angebot anzunehmen und den Förderantrag schnell auf den Weg zu bringen. Geprüft werden sollte auch, ob die neue Straße - wie die alte Straße bisher - künftig weiter für den LKW-Verkehr gesperrt bleibt.



Termine

09. Januar 2018
Erste Sitzung der SPD-
Landtagsfraktion im neuen Jahr

14. Januar 2018
Bürgermeisterwahl in Großbeeren

16. Januar 2018
Sitzung des Ausschusses für
Haushaltskontrolle im Landtag

18. Januar 2018
Sitzung des Ausschusses für
Haushalt und Finanzen im Landtag

24. Januar 2018
Sitzung des Ausschusses für
Wirtschaft und Energie im Landtag

31. Januar bis 02. Februar 2018
Plenarsitzung des Landtages
Brandenburg

Fachkräfte gesucht! Diskussion über praxisnahes Lernen mit Bildungsministerin Britta Ernst



Zurzeit gibt es über 1.000 freie Lehrstellen in der Region Westbrandenburg. In den nächsten Jahren werden immer weniger Schulabgänger die Schule verlassen. Vor diesem Hintergrund ist eine frühzeitige Kooperation von Schule und Wirtschaft als Schnittstelle für eine nachhaltige Fachkräfte-Strategie immens wichtig. Insbesondere im Berliner Umland, in dem sich viele innovative Unternehmen angesiedelt haben, müssen gut organisierte Netzwerke unterstützt werden, die eine frühzeitige Berufs- und Studienorientierung organisieren. Ein möglichst früher Praxisbezug bei den zukünftigen Arbeitskräften kann so dazu beitragen Fachkräfte in der Region zu halten und die Chancen für Berufseinsteiger in der Region erfahrbar machen.

Am 23. November wurde auf meine Initiative hin auf einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ludwigsfelde die Frage diskutiert, welche Möglichkeiten es gibt, Schülerinnen und Schüler für die verschiedenen Berufsfelder zu begeistern, die ihren persönlichen und den regionalen wirtschaftlichen Interessen nutzen. An der Diskussion mit den zahlreich erschienenen Gästen nahmen neben Britta Ernst, Ministerin für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, auch Andreas Igel, Bürgermeister der Stadt Ludwigsfelde, Gudrun Heilmann, Koordinatorin für Schule/Wirtschaft der IHK Potsdam, Brita Krüger für die Kreishandwerkerschaft Teltow-Fläming sowie Volker Große, Direktor der Gottlieb-Daimler-Schule in Ludwigsfelde teil.

In der Diskussion wurde deutlich, dass es viele Entwicklungen gibt, die zusammengeführt werden müssen, obwohl sie sich teilweise entgegenstellen. So werden in den Industriegebieten der Stadt Ludwigsfelde und dem Güterverkehrszentrum (GVZ) Großbeeren weiterhin neue Arbeitsplätze geschaffen, während gleichzeitig die Zahl der Schulabgänger weiter sinkt. Der Anteil der Abiturienten ist dabei in den vergangenen Jahren stets gestiegen. Zum einen verlassen dadurch junge Leute die Region, um ein Studium in anderen Bundesländern aufzunehmen, zum anderen erhöht sich der Druck auf Bewerber um Ausbildungsplätze mit mittleren Schulabschlüssen. Daneben besteht weiterhin ein starker Wettbewerb um Auszubildende zwischen großen, mittleren und kleinen Unternehmen aber auch zwischen den einzelnen Branchen, der sich in sehr unterschiedlicher Ausbildungsvergütung und zukünftigen Verdienstmöglichkeiten wieder spiegelt.

Um sich für einen Beruf zu entscheiden ist es notwendig Kenntnis über verschiedene Berufsbilder zu haben. Dies ist in der Breite und Tiefe bei den meisten Jugendlichen nur bedingt und unzureichend der Fall. Das ist auch der mangelnden Anerkennung und öffentlichen Präsenz von gewerklichen Berufen geschuldet, insbesondere in den sozialen Medien. Dort werden leider vornehmlich andere Berufsbilder vermittelt.

Individuelle Lärmertgelte: Leiseren Maschinen den Vorzug zu geben ist der richtige Weg



Gemeinsam mit der SPD-Landtagsabgeordneten Tina Fischer begrüße ich ausdrücklich das Ansinnen der Flughafen Berlin Brandenburg GmbH (FBB), individuelle Lärmertgelte einzuführen. So könnten künftig mehr leisere Maschinen in Schönefeld starten und landen. Schon lange ist es die Forderung von uns beiden Abgeordneten sowie zahlreicher Initiativen vor Ort, endlich im Bereich des aktiven Lärmschutz tätig zu werden.

Über den Plan der Flughafengesellschaft, ein Entgeltsystem für individuelle Lärmmessung von Flugzeugen einzuführen und damit leisere Maschinen zu begünstigen, hatte am Mitte Dezember die Märkische Allgemeine Zeitung berichtet. Wir fordern: Die Einnahmen sollten in einen Sonderfonds einfließen, um Härtefälle in Sachen Lärmschutz jenseits der Regelwerke ausgleichen zu können. Das Leben spielt sich nicht nur im Kleingedruckten ab.

Forderung: Postzustellung muss auch künftig täglich erfolgen

Ein kürzlich durchgeführter Modellversuch der Post über eine veränderte Briefzustellung war umstritten und ist jetzt beendet worden. Es gibt große Sorgen, dass die Deutsche Post die Briefzustellung gerade in den ländlichen Regionen deutlich einschränken könnte, um Kosten zu sparen. Es ist zu begrüßen, dass die Post diesen fragwürdigen Testlauf beendet hat. Ich hoffe, dass das Unternehmen jetzt die richtigen Schlüsse daraus zieht und die tägliche Briefzustellung auch künftig sichert. Es gibt dazu gesetzliche Vorgaben, die die Post einzuhalten hat. Die Kunden in allen Regionen – auch auf dem Land – haben einen Anspruch auf die zügige Auslieferung der Briefe.

Elektromobilität als Chance für Wirtschaft, Kommunen und Verbraucher



Unaufhaltsam, so ahnen es viele, erlebt die Mobilität eine Zeitenwende: weg von fossilen Antriebsstoffen und vor allem hin zur Elektromobilität. Überall auf der Welt, so auch auf dem größten Markt China, werden bereits rechtsverbindliche Quoten für E-Mobiles eingeführt. In Deutschland jedoch, so scheint es, entwickelt sich vieles langsamer. Man verweist auf die damit einhergehenden unterschiedlichen Herausforderungen wie Mentalitäts-wandel, Arbeitsplatzabbau, Ladeinfrastruktur etc. Aber auch zwischen den einzelnen Bundesländern gibt es unterschiedliche Umsetzungsstrategien, die sich auch auf den Standortwettbewerb auswirken.

Am 7. November wurde auf einer Informationsveranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Großbeeren die Frage diskutiert, wie die Chancen der Elektromobilität in Brandenburg aussehen. Die Veranstaltung kam auf meine Initiative statt, neben mir sprachen der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke, Manuele Heise, Referatsleiterin im Ministerium für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg, Rüdiger Hage, Geschäftsführer Infrastruktur- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH (IPG) und Christian Bergner, Interessengemeinschaft Elektromobilität Berlin-Brandenburg, mit den vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Dabei wurde klar, dass es bei Weitem nicht nur um die Umstellung des PkW-Antriebs von Verbrennungsmotoren auf Elektroantriebe geht. Die Veränderungen in der Mobilität erfassen ebenso den Fuß- und Radverkehr sowie den öffentlichen und schienengebundenen Personennahverkehr. Zur Zeit werden verschiedene Konzepte zur Gestaltung der zukünftigen Mobilität entwickelt und erprobt, so testet Siemens seit einiger Zeit Oberleitungs-LkW in der Uckermark und im Güterverkehrszentrum (GVZ) in Großbeeren soll im nächsten Jahr der Einsatz von autonom fahrenden Elektrokleinbussen erprobt werden.

Steuerschätzung: Investitionen und Schuldentilgung stärken die Zukunftschancen Brandenburgs

Ich freue mich sehr über das positive Ergebnis der letzten Steuerschätzung. Die vorhergesagten Mehreinnahmen in den kommenden Jahren von 222,6 Mio. Euro in 2017, 207,9 Mio. Euro in 2018 und 171,2 Mio. Euro in 2019 sind eine gute Ausgangsbasis für den geplanten Nachtragsetat 2018 und den Doppelhaushalt 2019/2020. Neben der Schuldentilgung wird die SPD-geführte Koalition, wie in der Regierungserklärung von Ministerpräsident Woidke konkret benannt, gezielte Zukunftsinvestitionen anschieben: in den öffentlichen Nahverkehr, in Landesstraßen, in Schulen und in die Digitalisierung.

Letzteres ist mir besonders wichtig, damit alle Regionen zügig einen Zugang zum schnellen Internet haben und sich Brandenburg noch stärker als moderner und zukunftsfähiger Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort profilieren kann. Wir werden diese Maßnahmen mit der nötigen Ausgabendisziplin und in Verantwortung gegenüber den nachfolgenden Generationen solide finanzieren.

Der Ausschuss für Haushalt und Finanzen im Landtag Brandenburg hatte sich auf seiner November-Sitzung ausführlich mit den Ergebnissen der 152. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ befasst. Am 19. Dezember beschloss das Kabinett den Gesetzentwurf für den Nachtragshaushalt 2018, über den nun das Parlament beraten und abstimmen wird. Damit werden zentrale Aussagen aus der jüngsten Regierungserklärung von Ministerpräsident Dietmar Woidke umgesetzt.

Wenn Sie diese E-Mail (an: {EMAIL}) nicht mehr empfangen möchten, können Sie diese [hier](#) kostenlos abbestellen.

Helmut Barthel, MdL
Alter Markt 1
14467 Potsdam

Telefon: 0331-966 1328
E-Mail: helmut.barthel@spd-fraktion.brandenburg.de
www.helmut-barthel.de

V.i.S.d.P: Helmut Barthel MdL
Redaktion: Dirk Karwehl

